

Andreas Anter | Hinnerk Bruhns [Hrsg.]

# Otto Hintzes Staatssoziologie

Historische Prozesse, theoretische Perspektiven

## STAATSVERSTÄNDNISSE



Nomos

Wissenschaftlicher Beirat:

Andreas Anter, Erfurt

Horst Bredekamp, Berlin

Norbert Campagna, Luxemburg

Oliver Hidalgo, Passau

Sebastian Huhnholz, Hannover

Florian Meinel, Göttingen

Herfried Münkler, Berlin

Henning Ottmann, München

Walter Pauly, Jena

Wolfram Pyta, Stuttgart

Volker Reinhardt, Fribourg

Peter Schröder, London

Kazuhiro Takii, Kyoto

Pedro Hermilio Villas Bôas Castelo Branco, Rio de Janeiro

Loïc Wacquant, Berkeley

Barbara Zehnpfennig, Passau

Moshe Zimmermann, Jerusalem

## **Staatsverständnisse | Understanding the State**

herausgegeben von

Rüdiger Voigt

Band 177

Andreas Anter | Hinnerk Bruhns [Hrsg.]

# Otto Hintzes Staatssoziologie

Historische Prozesse, theoretische Perspektiven



**Nomos**

© Titelbild: Otto Hintze (1915). Foto Privatbesitz Prof. Manfred Schröter.

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7560-0427-0 (Print)

ISBN 978-3-7489-3678-7 (ePDF)



Onlineversion  
Nomos eLibrary

1. Auflage 2024

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2024. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

## Editorial

Das Staatsverständnis hat sich im Laufe der Jahrhunderte immer wieder grundlegend gewandelt. Wir sind Zeugen einer Entwicklung, an deren Ende die Auflösung der uns bekannten Form des territorial definierten Nationalstaates zu stehen scheint. Denn die Globalisierung führt nicht nur zu ökonomischen und technischen Veränderungen, sondern sie hat vor allem auch Auswirkungen auf die Staatlichkeit. Ob die „Entgrenzung der Staatenwelt“ jemals zu einem Weltstaat führen wird, ist allerdings zweifelhaft. Umso interessanter sind die Theorien früherer und heutiger Staatsdenker, deren Modelle und Theorien, aber auch Utopien, uns Einblick in den Prozess der Entstehung und des Wandels von Staatsverständnissen geben.

Auf die Staatsideen von Platon und Aristoteles, auf denen alle Überlegungen über den Staat basieren, wird unter dem Leitthema „Wiederaneignung der Klassiker“ immer wieder zurückzukommen sein. Der Schwerpunkt der in der Reihe *Staatsverständnisse* veröffentlichten Arbeiten liegt allerdings auf den neuzeitlichen Ideen vom Staat. Dieses Spektrum reicht von dem Altmeister *Niccolò Machiavelli*, der wie kein Anderer den engen Zusammenhang zwischen Staatstheorie und Staatspraxis verkörpert, über *Thomas Hobbes*, den Vater des Leviathan, bis hin zu *Karl Marx*, den sicher einflussreichsten Staatsdenker der Neuzeit, und schließlich zu den zeitgenössischen Staatstheoretikern.

Nicht nur die Verfälschung der Marxschen Ideen zu einer marxistischen Ideologie, die einen repressiven Staatsapparat rechtfertigen sollte, macht deutlich, dass Theorie und Praxis des Staates nicht auf Dauer voneinander zu trennen sind. Auch die Verstrickung Carl Schmitts in die nationalsozialistischen Machenschaften, die heute sein Bild als führender Staatsdenker seiner Epoche trüben, weisen in diese Richtung. Auf eine Analyse moderner Staatspraxis kann daher in diesem Zusammenhang nicht verzichtet werden.

Was ergibt sich daraus für ein zeitgemäßes Verständnis des Staates im Sinne einer modernen Staatswissenschaft? Die Reihe *Staatsverständnisse* richtet sich mit dieser Fragestellung nicht nur an (politische) Philosophen und Philosophinnen, sondern auch an Geistes- und Sozialwissenschaftler bzw. -wissenschaftlerinnen. In den Beiträgen wird daher zum einen der Anschluss an den allgemeinen Diskurs hergestellt, zum anderen werden die wissenschaftlichen Erkenntnisse in klarer und aussagekräftiger Sprache – mit dem Mut zur Pointierung – vorgetragen. Auf diese Weise wird der Leser/die Leserin direkt mit dem Problem konfrontiert, den Staat zu verstehen.

*Prof. Dr. Rüdiger Voigt*

## Editorial – Understanding the State

Throughout the course of history, our understanding of the state has fundamentally changed time and again. It appears as though we are witnessing a development which will culminate in the dissolution of the territorially defined nation state as we know it, for globalisation is not only leading to changes in the economy and technology, but also, and above all, affects statehood. It is doubtful, however, whether the erosion of borders worldwide will lead to a global state, but what is perhaps of greater interest are the ideas of state theorists, whose models, theories and utopias offer us an insight into how different understandings of the state have emerged and changed, processes which neither began with globalisation, nor will end with it.

When researchers concentrate on reappropriating traditional ideas about the state, it is inevitable that they will continuously return to those of Plato and Aristotle, upon which all reflections on the state are based. However, the works published in this series focus on more contemporary ideas about the state, whose spectrum ranges from those of the doyen *Niccolò Machiavelli*, who embodies the close connection between the theory and practice of the state more than any other thinker, to those of *Thomas Hobbes*, the creator of *Leviathan*, those of *Karl Marx*, who is without doubt the most influential modern state theorist, those of the Weimar state theorists *Carl Schmitt*, *Hans Kelsen* and *Hermann Heller*, and finally to those of contemporary theorists.

Not only does the corruption of Marx's ideas into a Marxist ideology intended to justify a repressive state underline the fact that state theory and practice cannot be permanently regarded as two separate entities, but so does Carl Schmitt's involvement in the manipulation conducted by the National Socialists, which today tarnishes his image as the leading state theorist of his era. Therefore, we cannot forego analysing modern state practice.

How does all this enable modern political science to develop a contemporary understanding of the state? This series of publications does not only address this question to (political) philosophers, but also, and above all, students of humanities and social sciences. The works it contains therefore acquaint the reader with the general debate, on the one hand, and present their research findings clearly and informatively, not to mention incisively and bluntly, on the other. In this way, the reader is ushered directly into the problem of understanding the state.

*Prof. Dr. Rüdiger Voigt*

## Vorwort

Otto Hintze gehörte zu den Wissenschaftlern, die sich für historische Prozesse ebenso interessieren wie für die politischen Ideen, die in ihnen wirksam werden. Im Zentrum seiner historisch-sozialwissenschaftlichen Forschungen standen der Staat (in seinen unterschiedlichen Ausformungen), Prozesse der Staatenbildung, das europäische Staatensystem, aber auch außereuropäische Staatenbildungen, sowie die Staatsideen, wie sie in der zeitgenössischen Philosophie, der Soziologie, der Geschichts- und der Rechtswissenschaft diskutiert wurden. Der Staat ist in allen Teilen seines Werks präsent: in den Studien zur Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte, in den Arbeiten zur Theorie der Geschichte, in den Abhandlungen zur Soziologie und politischen Theorie – und vor allem natürlich in den Studien zur Staatslehre und Staatssoziologie. Seine historischen Bemühungen, seine vergleichenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Arbeiten mündeten, wie er es selbst formulierte, in eine „Staatswissenschaft“. In ihr sah er sein eigentliches Arbeitsgebiet als Historiker.

Die Leidenschaft und Produktivität, mit der Hintze sich diesen Fragen widmete, machten ihn rasch zu einer Koryphäe auf dem Gebiet. Dabei war die Staatssoziologie zu seiner Zeit erst im Entstehen begriffen; sie war überdies ein Feld, das sich aus äußerst heterogenen Ansätzen zusammensetzte. Entsprechend weit waren die rivalisierenden Protagonisten davon entfernt, sich auf einen methodischen Kanon verständigen zu können. Daran hat sich bis heute nur wenig geändert. Nach wie vor kann man nicht von einer etablierten Disziplin einer „Staatssoziologie“ sprechen. Die ohnehin nicht reichhaltige Literaturproduktion richtet sich weniger auf die Erforschung aktueller empirischer Entwicklungen, als vielmehr auf ideengeschichtliche Rekonstruktionen.

In der Weimarer Zeit übte die junge Soziologie zwar eine starke Anziehungskraft auf Disziplinen wie die Staatsrechtslehre aus, deren führende Köpfe – wie Hermann Heller, Hans Kelsen, Carl Schmitt oder Rudolf Smend – sich dezidiert mit soziologischen Methoden auseinandersetzten, aber in der Geschichtswissenschaft blieb Otto Hintze ein Solitär. Kein anderer deutscher Historiker dieser Epoche hat sich so intensiv mit den zeitgenössischen (im weitesten Sinne) soziologischen Ansätzen auseinandergesetzt wie er. Seine großen Rezensionen zu den genannten Staatsrechtslehrern und zu den soziologischen und wirtschaftssoziologischen Arbeiten von Franz Oppenheimer, Georg Simmel, Werner Sombart oder Max Weber gehören zu den profundesten Betrachtungen der damaligen Zeit über die Grundlagen der jeweiligen Wissenschaften. Insofern war Hintze zu Recht Mitglied der Deutschen

Gesellschaft für Soziologie (DGS) und wurde dann in den 1960er und 1970er Jahren neben Karl Marx, Gustav Schmoller und Max Weber zu einem der intellektuellen Garanten der neuen „Historischen Sozialwissenschaft“ gekürt, mit der sich eine junge Generation von Historikern von den geisteswissenschaftlichen Traditionen ihrer Vorgänger absetzte.

Hintze war kein Systemdenker und bemühte sich auch nicht darum, seine staatssoziologischen Arbeiten zu systematisieren. So sind die entsprechenden Ausführungen – ähnlich wie bei Max Weber – weit über sein ganzes Werk verstreut. Im Blick auf sein Forschungsprogramm einer allgemeinen vergleichenden Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte der neueren Staatenwelt ist insbesondere seine Studie „Wesen und Wandlung des modernen Staats“ (1931) von grundlegender Bedeutung und ist daher in dem vorliegenden Band abgedruckt. Sie behandelt nicht zuletzt ein fundamentales Problem der historischen Soziologie, nämlich die Frage, ab wann man eigentlich vom „modernen Staat“ sprechen kann. Mancher versteht darunter ein Gebilde, das sich in der Frühneuzeit formierte; andere verstehen darunter ein Gebilde, das sich nach der Französischen Revolution herausbildete; wieder andere ein Gebilde, das erst nach dem Ersten Weltkrieg entstand. Jeder versteht unter dem „modernen Staat“ etwas anderes. Zu Hintzes Zeit kam hinzu, dass der Begriff noch gar nicht fest etabliert war. Er war erst Anfang des 19. Jahrhunderts geprägt worden, fand nur zögerlich Eingang in die Literatur und erfuhr erst Ende des 19. Jahrhunderts größere Verbreitung. Die Semantik blieb auch in der Weimarer Zeit schwankend. Insofern leistete Hintze hier methodische Pionierarbeit.

Das staatssoziologische Interesse Hintzes ging allerdings weit über methodische Fragen hinaus. Es zeigt sich vor allem in den Abhandlungen zur Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, Soziologie, Politik und Staatslehre, die die ganze Breite seiner staatssoziologischen Interessen erkennen lassen. Dabei korrespondiert die Vielfalt der Themen mit einer innovativen, universalgeschichtlichen Perspektive.

Wie souverän Hintze das staatstheoretische Feld seiner Zeit beherrschte, zeigt sich nicht zuletzt in seiner Interpretation des modernen Staates als „Anstalt“ und als „Betrieb“. Er adaptierte neuere Trends der staatswissenschaftlichen Literatur und machte sich speziell die Befunde Max Webers zu eigen. Kein anderer Historiker hat in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts Weber vergleichbar intensiv rezipiert. Wie Weber vertrat er eine „realistisch-empirische“ Sichtweise und rückte dabei insbesondere den Machtcharakter des Staates in den Vordergrund. Für Hintze war staatliches Handeln in erster Linie durch machtpolitische Interessenlagen motiviert; zugleich interessierte er sich für die Frage, welche politischen Ideen sich in der staatlichen Macht- und Interessenpolitik durchsetzen.



Dieser Band verfolgt nicht die Absicht, Otto Hintzes staatssoziologische Arbeiten einer Systematik zu unterwerfen. Es geht vielmehr darum, die zentralen Aspekte dieses staatssoziologischen Spektrums vorzustellen und sie in ihrem zeit- und ideengeschichtlichen Kontext zu betrachten.

Erfurt/Paris, im März 2024

A.A./H.B.



# Inhaltsverzeichnis

Vorwort 7

## I. Der Wandel des Staates

*Hinnerk Bruhns*

Vom Kaiserreich nach Weimar:  
Otto Hintze und der preußisch-deutsche Staat 15

*Wolfgang Neugebauer*

Der Staat als Betrieb bei Otto Hintze 43

*Maurizio Ricciardi*

Über die Funktionsänderung des Staates.  
Otto Hintze, Franz Oppenheimer und das Problem einer Soziologie der  
Politik 63

## II. Staat, Verwaltung und Verfassung

*Andreas Anter*

Staat, Verwaltung und Regierungstechnik.  
Otto Hintzes „realistisch-empirische“ Methode 87

*Christoph Enders*

Verfassungsaufgabe Repräsentation.  
Der deutsche Verfassungsstaat als Gegenstand vergleichender  
Verfassungsgeschichte bei Otto Hintze 107

## III. Otto Hintzes globalgeschichtliche Perspektive

*Stefan Breuer*

Feudalismus in weltgeschichtlicher Perspektive 127

*Hajime Konno*

Otto Hintze, Max Weber und die japanische Feudalgesellschaft.  
Eine Betrachtung aus japanischer Sicht 147

#### **IV. Der „moderne Staat“**

*Hinnerk Bruhns*

Vorbemerkung zu: Otto Hintze,  
„Wesen und Wandlung des modernen Staats“ 169

*Otto Hintze*

Wesen und Wandlung des modernen Staats 177

Personenregister 201

Autorenverzeichnis 205

**I.**

**Der Wandel des Staates**



Vom Kaiserreich nach Weimar:  
Otto Hintze und der preußisch-deutsche Staat

*1. Der große Zusammenbruch 1918: ein Wandel in Hintzes Staatsverständnis?*

„Schmachvoller Untergang des Vaterlandes“,<sup>1</sup> „moralisch-politischer Zusammenbruch“, gefährliche „Erkrankung des politischen Lebens und Denkens, wie es heute kein anderes Volk als das deutsche und dieses auch erst seit dem großen Zusammenbruch der Welt darbietet“.<sup>2</sup> Katastrophaler Höhepunkt der Krisis des „modernen Staates“,<sup>3</sup> Demokratisierung und Parlamentarisierung eines Staates, der „wie eine zusammengebrochene Firma zur Sicherung der Tributzahlungen unter die Geschäftsaufsicht des Gläubigersyndikats [der Siegermächte] gestellt ist“. „Unseres Reiches Herrlichkeit“ ist dahin, der „Nimbus des Staates“ zerstört, es gibt keinen Grund mehr, „den nackten Tatbestand ideologisch zu verhüllen, daß der Staat bei uns im Grunde nichts anderes ist als ein mit Zwangsgewalt ausgerüsteter Anstaltsbetrieb mit dem Zweck, im Innern und nach außen die Existenzmöglichkeit aufrechtzuerhalten und, soweit der enge Spielraum reicht, für ein gewisses, sehr bescheidenes Maß von Wohlfahrt und Kultur zu sorgen“.<sup>4</sup> Das Licht der neuen Sachlichkeit ist über Deutschland hereingebrochen, während die Siegermächte im Überschwang nationalistischen Hochgefühls „ihren erfolgreichen und für die Lebensinteressen seiner Angehörigen ergiebigen Staat mit allerhand ideologischen Emblemen drapieren“.<sup>5</sup> „Domestikation Deutschlands“: „Deutschland ist das Roß, das der französische Militarismus reitet; es ist die Kuh, die der internationale Kapitalismus seiner Kriegsgegner melkt [...]“.<sup>6</sup>

Emotionale Augenblicksreaktionen von Otto Hintze auf den Umbruch 1918/19, die Niederlage Deutschlands im Weltkrieg, das Ende der Monarchie und den Versailler Vertrag? Nein, diese Zitate, denen man noch manche hinzufügen könnte, sind Schriften entnommen, die sich über ein ganzes Jahrzehnt erstrecken, von 1921 bis 1930. Ist Hintzes so nüchterne Feststellung, dass die Firma Deutsches Reich zusammengebrochen und dass der deutsche Staat nichts anderes als ein Anstaltsbe-

---

1 *Hintze* 1920b, S. 464.

2 *Hintze* 1927, S. 232.

3 *Hintze* 1962 [ca. 1931/32], S. 510.

4 *Hintze* 1927a, S. 206.

5 *Hintze* 1927a, S. 207.

6 *Hintze* 1927b, S. 14.

trieb sei, ein Indiz dafür, das „Hintzes Zentralbegriff, der Begriff des Staates“, sich veränderte, dass der gewaltige Umbruch der deutschen Geschichte 1918/19 sich auf Hintzes Staatsverständnis in der Weise ausgewirkt habe, dass er sich einem soziologischen Staatsverständnis angenähert und die These vom „Supremat der auswärtigen Politik“ aufgegeben habe?<sup>7</sup> Ist der oft postulierte Wandel in Hintzes Staatsverständnis eine Folge seiner intensiven Auseinandersetzungen in den 1920er Jahren mit den zeitgenössischen Sozialwissenschaften, mit Staatslehre und Staatstheorie, mit Max Weber, Franz Oppenheimer, Friedrich von Wieser, Hans Kelsen, Rudolf Smend, Max Scheler, Werner Sombart, Ernst Troeltsch?

Die Antworten auf die häufig gestellte Frage nach einem Wandel in Hintzes Staatsauffassung fallen mehr oder weniger differenziert aus. So wird in einer neueren Arbeit Hintzes Weg vom Kaiserreich nach Weimar analysiert als ein Wandel bei Hintze von „Sympathie“ für den preußischen Staat zu einer staatskritischen Einstellung.<sup>8</sup> Wolfgang Neugebauer dagegen, in einem reichen Kapitel über „Politische Gewalt und das Schicksal des Staates“ in seiner großen Hintze-Biographie, löst sich von der Fokussierung auf den Umbruch 1918/19 und analysiert Hintzes Staatsverständnis über einen sehr viel längeren Zeitraum und in Bezug nicht allein auf den preußisch-deutschen Staat. Zwar konzidiert er, die Frage nach Bruch oder Kontinuität in Hintzes Staatsdenken sei nicht leicht zu beantworten, da Hintze manche Spuren, die in die Irre führen, selbst gelegt habe. Äußerungen wie die eingangs zitierten mochten den Eindruck erwecken, so Neugebauer, dass erst „nach dem Ausgang des Ersten Weltkriegs ‚Staat‘ für ihn etwas ganz anderes geworden sei als in den Jahrzehnten der alten Welt ...“ Hintze habe jedoch schon lange vor dem Krieg „die Kategorie des Staates gerade in ihrer Relativität erkannt“ und gelehrt, dass die Souveränität künftig nicht mehr notwendiges Attribut der Staatlichkeit sein würde, da das Souveränitätsideal mit der Struktur des geschlossenen Nationalstaates und seinem Streben nach Autarkie zusammenhänge. Neugebauer weist in diesem Kontext auf einen Wandel in Hintzes Begrifflichkeit hin: bis in die späten 1920er Jahre habe Hintze den „modernen Staat“ in die Epoche seit dem Ende des Mittelalters datiert. In der Typologie seines Aufsatzes „Wesen und Wandlung des modernen Staates“ aus dem Jahr 1931 habe er dagegen den Begriff des modernen Staates für die Zeit nach 1918 reserviert.<sup>9</sup>

Schon auf der Berliner Tagung im Jahr 1980 über Otto Hintze und die moderne Geschichtswissenschaft<sup>10</sup> war die Frage nach der Bedeutung der Zäsur 1918/19 für Hintzes Werk und sein Staatsverständnis ein durchgängiges, jedoch kontrovers diskutiertes Thema. Man wird die Bedeutung dieser Zäsur nicht unterschätzen dür-

---

7 Kocka 1972, S. 55. Differenzierend dazu Bruhns 1996.

8 Grothe 2021, S. 181.

9 Neugebauer 2015, S. 534ff. Hintze 1931b, S. 489 (in diesem Band S. 193).

10 Büsch/Erbe 1983.



fen, zumal sie für Hintze auch einen tiefen persönlichen Einschnitt darstellte, der, in der Folge von tiefer Erkrankung, drohender Erblindung, einer Augenoperation sowie Herz- und Lungenleiden (1919/20) mit seiner vorzeitigen Emeritierung Ende März 1921 im Alter von 60 Jahren endete.<sup>11</sup> Doch wird man fragen dürfen, ob Hintze 1927 die Rede vom Einbruch des Lichts der *neuen* Sachlichkeit auch auf sich selbst bezog oder ob er mit dieser Metapher aus einer distanzierten Beobachterposition vor allem den Wandel in der deutschen politischen Öffentlichkeit festhielt. Vielleicht muss man die Frage zunächst etwas anders stellen als in den Begriffen von Kontinuität oder Bruch, staatsfreundlich vs. staatskritisch, oder auch in der Gegenübersetzung von historischer Sicht und soziologischer Perspektive.

1921 charakterisierte Hintze das Geschehen 1918/19 als eine große „politisch nationale und kulturelle Schicksalswende“.<sup>12</sup> Der offensichtliche Bruch war ja zunächst der Bruch in der Geschichte des *deutschen* Staates, auf den jeder engagierte Beobachter zu reagieren hatte. Einerseits: gewaltsamer Übergang von der Monarchie zur Republik, zu Parlamentarisierung und Demokratisierung. Andererseits: Verlust des Status des Machtstaats, weitgehender Verlust der Souveränität. Krieg, Niederlage und Revolution waren der gemeinsame Ausgangspunkt für beide Entwicklungen, doch müssen Hintzes Reaktionen auf sie zunächst getrennt analysiert werden. Für diese Fragen sind neben Hintzes wissenschaftlichen Untersuchungen und Darstellungen auch eine Reihe von Zeitungs- und Zeitschriftenbeiträgen zur politischen Aktualität aus den Kriegs- und Nachkriegsjahren wichtig, die man als ‚politische Schriften‘ bezeichnen könnte. Die meisten von ihnen sind nicht in der großen dreibändigen, von Gerhard Oestreich besorgten Ausgabe der Schriften Hintzes zu I. *Staat und Verfassung*, II. *Soziologie und Geschichte*, III. *Regierung und Verwaltung* enthalten und daher weniger leicht zugänglich. Ein von Gerhard Oestreich ins Auge gefasster vierter Band mit politischen Schriften, in den diese Schriften aufgenommen werden sollten, ist leider nicht verwirklicht worden.<sup>13</sup>

Hintzes Reaktionen auf die politischen Ereignisse und seine Sicht der deutschen Geschichte sind nicht zu trennen von seiner Konzeption des Prozesses der Staatsbildung, für den ihm bekanntlich Preußen als Paradigma diente. Der Begriff des Staates ist für Hintze jedoch auch nicht zu trennen von dem des Staatensystems. Das gilt umso mehr für seinen Blick auf Deutschland im Weltkrieg und in der Nachkriegszeit (2.). Die dringende Konsolidierung der „inneren Staatsbildung“ war ein intensiv und kontrovers diskutiertes Thema in den Kriegsjahren; auch Hintze griff in diese

---

11 Neugebauer 2015, S. 493.

12 Brief vom 30. 8. 1921 an Friedrich Meinecke, zitiert bei Köhler 1970, S. 65.

13 Briefliche Mitteilung vom 20. März 1993 von Brigitta Oestreich an den Verfasser. In diesen Band sollten auch zwei schon gesetzte Artikel aus der Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung vom April und Mai 1917 (*Hintze* 1917a und 1917b) aufgenommen werden, die Gerhard Oestreich schließlich aufgrund ihrer nationalistischen Töne nicht in die ersten Bände aufnehmen wollte. Siehe dazu *infra* S. 26 mit Anm. 54.

Debatten ein (3.). Eine Dimension dieser Überlegungen betraf die Frage des staatlichen Organisationsprinzips: Herrschaft oder Genossenschaft? (4.). Wie lässt sich abschließend (5.) Hintzes Haltung zum Weimarer Staat charakterisieren?

## 2. *Staat und Staatensystem*

1914 schloss Otto Hintze seine Antrittsrede in der Preußischen Akademie der Wissenschaft mit der Feststellung, dass er mit seinen vergleichenden Forschungen zur Verwaltungs- und Verfassungsgeschichte der neueren Staatenwelt schließlich in der Staatswissenschaft gelandet sei. Sein Ziel sei von Anfang gewesen, in dieser Richtung das große Lebenswerk Rankes zu ergänzen, wobei ihm die preußische Geschichte paradigmatisch „für die Ausgestaltungen und Abwandlungen des Lebens eines modernen Staates überhaupt“ geworden sei.<sup>14</sup> Die Staatswissenschaft, die Hintze in dieser Rede skizziert, ist eine dezidiert historische Wissenschaft, die sich für Entwicklungsprozesse, für Prozesse von Differenzierungen und Angleichungen, für Typologisches interessiert. Es reiche nicht, betont Hintze, die Eigenart der Staaten aus dem Volksgeist erklären zu wollen, denn dieser sei doch in der Hauptsache ein „Produkt der Geschichte“.<sup>15</sup>

Diese Feststellung aber verlangte die Einführung eines zusätzlichen Begriffes, den des Staatensystems. Dieses Konzept ist für Hintzes Staatsverständnis, genauer: für sein Verständnis des jeweiligen empirischen, historischen Staates zumindest ebenso wichtig, wenn nicht wichtiger, als der Staatsbegriff selbst. 1916 zum Beispiel, hat Hintze thesenartig formuliert, was er schon 1906 in seiner Studie über „Staatsverfassung und Heeresverfassung“<sup>16</sup> in ähnlichen Worten ausgeführt hatte, nämlich „daß der Geist und Charakter eines Staates nicht bloß von seiner sozialen Struktur, sondern mehr noch von den politischen Notwendigkeiten abhängt, die aus seiner geographischen Lage, aus seiner Stellung im Staatensystem entspringen ...“<sup>17</sup> Deutschland habe einen so gewaltigen militärisch-politischen Druck an seinen Grenzen auszuhalten, dass es gezwungen sei „sich vor allem militärisch so stark zu machen, daß es im Notfall auch einer Welt von Feinden gegenüber sein Dasein behaupten kann.“ Dieser Militarismus aber sei das gemeinsame Kennzeichen der europäischen Kontinentalmächte, im Unterschied zu England<sup>18</sup> und auch zu Amerika. Die Notwendigkeit, ein großes schlagfertiges Heer zu halten, habe in Deutschland eine andere Regierungsverfassung hervorgebracht als in England und

---

14 *Hintze* 1914d, S. 564.

15 *Hintze* 1914d, S. 565.

16 *Hintze* 1906, S. 55.

17 *Hintze* 1916a, S. 3. Das folgende Zitat S. 5.

18 Cf. *Hintze* 1906, S. 69.

Amerika. Das deutsche Volk könne sich nicht in dem Sinne selbst regieren wie dort, es bedürfe einer starken monarchischen Führung.<sup>19</sup>

Der konkrete, historisch-empirische Staat der Gegenwart existiert für Hintze nur im Rahmen des Staatensystems.<sup>20</sup> Das ist für ihn die zentrale Perspektive, aus der er den deutschen Staat der Vorkriegs- und der Nachkriegszeit beobachtet und beurteilt. Die bitteren Sätze noch aus dem Jahr 1930, mit denen Hintze seine Darstellung über Droysen und den deutschen Staatsgedanken schließt, illustrieren dies in aller Klarheit:

„Man sollte sich nicht einbilden, politische Freiheit und Selbstbestimmung besitzen zu können ohne die elementaren Grundlagen politischer Macht. Man sollte sich nicht einbilden, daß eine geschriebene Verfassung das wirkliche politische Leben eines Volkes formen und regeln könne. [...] Wer die wirkliche deutsche Verfassung kennenlernen will, muß neben der Reichsverfassung wenigstens einen Auszug des Versailler Vertrags zur Hand haben.“<sup>21</sup>

„Mögen die Juristen fortfahren“, so hatte er drei Jahre zuvor erklärt, „gestützt auf die neue Lehre, daß die Souveränität kein notwendiges Erfordernis des Staatsbegriffs sei, Staat gleich Staat zu setzen“, Tatsache sei, „daß wir zur Zeit kein freies Volk sind und keinen unabhängigen Staat haben.“ Deutschland könne heute nicht die Politik einer souveränen Großmacht treiben.<sup>22</sup>

Für Hintze war der entscheidende Bruch in der kurzen Geschichte des deutschen Staates der Verlust der Souveränität, der Verlust des erst mit Bismarck eroberten Platzes unter den europäischen Machtstaaten. Diese Feststellung zog jedoch keinen Bruch oder wesentlichen Wandel in seinem eigenen Staatsdenken nach sich. Hintzes gesamte Kriegspublizistik baute auf der Überzeugung auf, dass der von den Gegnern seit langem gegen Deutschland geplante Krieg das Ziel verfolge, das Deutsche Reich aus dem Kreis der europäischen Machtstaaten und damit auch aus dem sich abzeichnenden neuen Weltstaatensystem zu eliminieren. „Der Krieg ist ein von langer Hand vorbereiteter Überfall, bei dem England die politische Führung und Rußland die Angreiferrolle übernommen hat“, während Frankreich mehr im Hintergrund geblieben sei. Es sei ein Kampf um die Weltmachtstellung Deutschlands und zugleich um den Bestand des Deutschen Reiches und Preußens. „Man will die machtvolle Mitte Europas zerstören, die seit 1871 das Verhältnis der Mächte so stark umgestaltet hat.“ Es gehe in diesem Weltkrieg „um eine neue Verteilung der Macht in der erweiterten Staatengesellschaft“.<sup>23</sup> Das Deutsche Reich kämpfe in diesem ihm aufgezwungenen Krieg um seine Existenz als Großmacht, so wie der

---

19 *Hintze* 1914b, S. 212 ff.

20 Dazu auch *Schiera* 1988, S. 351.

21 *Hintze* 1930, S. 518. Mit detaillierterer Argumentation in seiner Besprechung von Carl Schmitts Verfassungslehre: *Hintze* 1929e, S. 567 f.

22 *Hintze* 1927b, S. 15.

23 *Hintze* 1914c, S. XVIII f.

preußische Staat im Siebenjährigen Krieg.<sup>24</sup> Das war damals eine weit verbreitete Auffassung. Der deutschen Vorstellung, seit langem von Feinden eingekreist zu sein, entsprach auf Seiten der Kriegsgegner die Überzeugung, das Deutsche Reich sei eine widernatürliche Konstruktion. Das behaupteten nicht nur Politiker, sondern auch Wissenschaftler. So schrieb Emile Durkheim im September 1914 an den Philosophen Xavier Léon:

„Les royaumes de Prusse et d’Autriche sont des agrégats contre nature faits et maintenus par la force et ils n’ont pas su remplacer peu à peu la force et la dépendance contrainte par l’attachement consenti. Un empire ainsi façonné ne peut durer. La géographie de l’Europe va être refaite sur des bases rationnelles et morales.“<sup>25</sup>

Der Begriff des Machtstaats und die Überzeugung, dass der deutsche National- und Einheitsstaat ein Machtstaat sei und sein müsse, das war seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts ein durchgängiger Topos in der deutschen Geschichtswissenschaft und über sie hinaus. Für Hintze war dies eine fundamentale politische Gegebenheit, die seine Einstellung zum deutschen Staat der Gegenwart bestimmte. Die Qualität eines Machtstaats als Lebensnotwendigkeit für den deutschen Einheitsstaat, den Nationalstaat, das war auch Max Webers Auffassung. Man müsse begreifen, hatte er in seiner Antrittsvorlesung an der Universität Freiburg 1895 erklärt, „daß die Einigung Deutschlands ein Jugendstreich war, den die Nation auf ihre alten Tage beging und seiner Kostspieligkeit halber besser unterlassen hätte, wenn sie der Abschluß und nicht der Ausgangspunkt einer deutschen Weltmachtpolitik sein sollte.“<sup>26</sup> Webers Sorge war, dass die bürgerlichen Klassen sich nicht für die „Machtinteressen“ der Nation einsetzten, und dass die Arbeiterschaft noch nicht reif sei, an deren Stelle zu treten. Hintze dagegen sah in der Arbeiterschaft einen Gegner der deutschen Machtinteressen. Was Weber in seinen späteren Schriften in diesem Punkt weiterhin von Hintze unterscheidet ist zum einen die Differenzierung zwischen Machtstaaten und solchen, die es nicht sind, kleine Staaten wie etwa Dänemark und die Schweiz. Zum anderen eine tragische Sicht des Schicksals und der Aufgaben der Machtstaaten: „Denn alles, was an den Gütern des Machtstaates teilnimmt, ist verstrickt in die Gesetzlichkeit des ‚Macht-Pragma‘, das alle politische Geschichte beherrscht.“<sup>27</sup> Der tragischen Sicht Webers entspricht, so könnte man sagen, eine unglückliche bei Hintze. Beide unterscheiden sich in dieser Hinsicht noch in einem weiteren, ganz zentralen Punkt. Webers Kriegspublizistik, seit Dezember 1915, also nach seinem Ausscheiden im Herbst dieses Jahres aus dem Militärdienst, ist von der Überzeugung durchdrungen, dass die Anerkennung einer gleichberechtigten Stellung des ‚Macht-Staates‘ Deutschland im europäischen Staatensystem nicht erreicht und nicht

---

24 *Hintze* 1916b, S. 821.

25 Brief an Xavier Léon vom 15. September 1914, in: *Durkheim* 1975, S. 470 f.

26 *Weber* 1895, S. 23.

27 *Weber* 1916, S. 98. Cf. *Bruhns* 2017, Kapitel „Machtpragma“.